

Dabei war die Schummelei gar nicht nötig. In allen Landesteilen – mit Ausnahme der Marcos-Heimatprovinz Ilocos Norte – stimmten die Filipinos mit überwältigender Mehrheit (etwa 80 Prozent) für Cory und die neue Verfassung. Das neue Grundgesetz ist mit 24 000 Wörtern das längste der Welt: ein Dokument angestrengt guten Willens, um Versöhnung, Frieden und Schutz der Menschenrechte bemüht.

Jaime Kardinal Sin, Erzbischof von Manila, rühmte den Text als „schönste Verfassung der Welt“. Er darf sich freuen, denn die katholische Morallehre ist darin fest verankert. So garantiert die Verfassung den „Schutz des Ungebohrnen vom Zeitpunkt der Empfängnis“ an und schreibt die „Unverletzbarkeit der Ehe“ fest. Am Tag nach dem Referendum ließ das Gesundheits- und Familienministerium in Manila jegliche Werbung für empfängnisverhütende Mittel verbieten.

Der Präsidentin – nunmehr bis 1992 im Amt bestätigt – brachte das Referendum eine Atempause. Es beendete die rechtlich fragwürdige „revolutionäre Phase“, die (so die Zeitung „Manila Bulletin“) „stets auch Gegenrevolutionen hervorruft“. Gegen sieben Putschversuche Marcos-treuer Militärs hatte Corazon Aquino sich in ihrer noch nicht einmal einjährigen Amtszeit wehren müssen. Die Unzufriedenheit der Soldaten aber ist geblieben: Nicht einmal jeder zweite von ihnen stimmte mit Ja. Jeder Offizier, jeder Soldat muß jetzt einen Treueid auf die Verfassung ablegen. Wer das nicht will, sagt Stabschef Fidel Ramos, wird gefeuert.

Die Cory-Verfassung, wohl auch deshalb mit so großer Mehrheit angenommen, weil eine Ablehnung das Land ins Chaos gestürzt hätte, weist mancherlei Widersprüche und Ungereimtheiten auf. So erklärt sie die Philippinen zum „atomwaffenfreien Territorium“ – duldet aber ausdrücklich die beiden US-Stützpunkte Subic Bay und Clark Air Field. In diesen größten US-Militärbasen außerhalb Amerikas lagern vermutlich auch Atomwaffen.

Oder: Niemand dürfe „wegen seiner politischen Überzeugung“ verfolgt werden. Das ist, wörtlich genommen, eine Legalisierung der bis dahin in den Untergrund verbannten Kommunisten. Von Friedensverhandlungen mit der Regierung aber will die kommunistische Nationale Demokratische Front „auf unbestimmte Zeit“ nichts mehr wissen.

Der islamischen Minderheit auf der Insel Mindanao, so hatte Cory versprochen, soll eine beschränkte Autonomie zugestanden werden. Im Verfassungstext heißt die Insel „Moslem Mindanao“. Aber 60 Prozent der Bewohner Minda-



Präsidentin Corazon Aquino
Ende der revolutionären Phase

naos sind Katholiken. Schließlich könnte auch noch ein Sprachenstreit entfacht werden: Das Regional-Idiom Tagalog ist zur „Nationalsprache Filipino“ erhoben, einige Dutzend andere Idiome der ethnisch gemischten Philippinen werden nur noch als „Hilfssprachen“ geduldet.

Jetzt muß Cory zeigen, wie sie die Verheißungen der Verfassung in politische Wirklichkeit umsetzen kann. Ihr Mann, der 1983 ermordete Oppositionspolitiker Benigno Aquino, hatte einst seinem Freund und Zellennachbarn, dem Journalisten Maximo Soliven, vorausgesagt: „Wer auch immer nach Marcos Staatschef wird – er muß scheitern.“

SCHWEDEN

Uneinnehmbare Festung

Jahrelang lieferten zwei Firmen illegal Waffen in Krisengebiete. Jetzt kam einer der Hauptzeugen um – bei einem mysteriösen Sturz vor die U-Bahn.

Rund vierzig wartende Fahrgäste wurden am 15. Januar in der U-Bahn-Station des Stockholmer Hauptbahnhofs Augenzeugen eines grausigen Todessturztes. „Rückwärts wie ein zusammenklappendes Rasiermesser“, so erinnerte sich der Lokführer, fiel um 17.54 Uhr ein

Mann plötzlich vor den einfahrenden Zug und wurde zerquetscht.

Das Opfer, einer der höchsten Beamten im Außenhandelsreferat des Stockholmer Außenministeriums, war laut Obduktionsbefund weder angetrunken gewesen, noch hatte es einen Hirn- oder Herzschlag erlitten. Selbstmord schlossen Arbeitskollegen und Familienangehörige aus.

Die Verhöre der mühsam aufgestöberten Zeugen ergaben kein klares Bild. War der Mann unglücklich gestolpert, oder war er geschubst worden? „Der Fall“, sagt der ermittelnde Kriminalinspektor, „ist ungeklärt.“

Immerhin spricht einiges dagegen, daß Konteradmiral Carl-Fredrik Algernon Opfer eines simplen Unglücks wurde. Algernon hatte mit brisanten Dossiers zu tun: Als Chef der Kriegsmaterialinspektion war er verantwortlich für die Überwachung der schwedischen Waffenproduktion, und auch an der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für Kriegsgerät wirkte er mit.

Der Beamte galt als Schlüsselzeuge in den seit anderthalb Jahren laufenden Ermittlungen gegen zwei Unternehmen der Nobel Industrier, Schwedens größter Waffenschmiede mit einem Umsatz von rund zehn Milliarden Kronen.

Seine bevorstehende Aussage sollte klarstellen, wie Waffen und Munition von den Konzerntöchtern Bofors (Spezialität: Kanonen und Luftabwehrgeräte) und Nobel Kemi (Munition und Sprengstoffe) fast ein Jahrzehnt lang gesetzeswidrig in die Krisen- und Kriegsgebiete des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens gelangen konnten.

Aufgedeckt wurde die Affäre durch die Friedens- und Schlichtungsvereinigung SFSF, Schwedens ältesten und angesehensten Pazifistenverband. Der erstattete im Mai 1984 Anzeige gegen Bofors: Die Firma habe 1979 und 1980 insgesamt 304 Luftabwehrraketen vom Typ Robot 70 und 27 dazugehörige Ziel- und Abschußgeräte illegal an Bahrein und die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert. Eine Exporterlaubnis hatte Bofors zwar beantragt, doch die Genehmigung wurde nicht erteilt.

Die zuständige Staatsanwaltschaft wimmelte die Kläger zunächst ab. Ihre Behörde, so teilte sie dem SFSF-Vorstand mit, sei „nicht dazu da, damit ihr eure Propaganda verbreiten könnt“. Doch die Friedensfreunde schafften Belege bei – Dokumente, die ein mit den Praktiken des Unternehmens bestens vertrauter Bofors-Angestellter vor seiner Kündigung abgelichtet hatte.

Aus den Kopien ging eindeutig hervor: Nachdem der Ausfuhrantrag abgelehnt worden war, wickelte Bofors den Auftrag scheinbar legal über Singapur ab. Als Zwischenfirma, die das benötigte Endabnehmerzertifikat ausstellte, sprang Unicorn International ein.

In Wirklichkeit waren, wie Bofors geußt haben dürfte, die Waffen nicht für

Singapurs Streitkräfte bestimmt. Unicorn, dessen Aufsichtsratsvorsitzender gleichzeitig Staatssekretär im Verteidigungsministerium des Stadtstaates war, organisierte vielmehr Marketing und Vertrieb für einheimische wie ausländische Hersteller.

Als Staatsanwälte und Kripo endlich nachforschten, kamen sie einer langen Liste verdächtiger Bofors-Geschäfte auf die Spur. Die mittlerweile über 6000 Seiten dicke Ermittlungsakte ist geheim. Doch einige Beispiele für „die umfassendste Schmuggelverstrickung, die es je in Schweden gegeben hat“ (das Wirtschaftsmagazin „Veckans affärer“), sikerten in die Presse. So verschob Bofors 1982 über Singapur 22 Luftabwehrkanonen nach Thailand. 1985 gingen 200 bis 400 Robot-70-Luftabwehrraketen in den

bekannte, eine entsprechende Bestellung an Bofors vermittelt zu haben. 1984 etwa wurden 200 Tonnen Sprengstoff über Jugoslawien an die kriegführenden Ajatollahs verschickt. Der Wert der jetzt aufgedeckten Iran-Geschäfte von Nobel Kemi wird auf eine Viertelmilliarde Kronen geschätzt.

In Wirklichkeit dürften die Profite noch wesentlich höher gewesen sein. Nach Ermittlungen des belgischen Zolls, so berichteten schwedische Zeitungen, sollen die Schweden-Firmen mit der deutschen Dynamit Nobel, der holländischen Muiden Chemie und der belgischen Firma PRB ein Kartell gebildet haben, das über Endverbleibszertifikate aus Singapur, Dubai und Brasilien die iranischen Streitkräfte mit Munition versorgte.

lem mit Staaten der Dritten Welt plädiert. Die Glaubwürdigkeit dieser Forderungen setzt voraus, daß die Schweden sich selbst mit Waffenausfuhren zurückhalten.

Andererseits brauchen Schwedens Streitkräfte zur Abschreckung im Ernstfall eine eigene Waffenindustrie. Die kann aber nur dann konkurrenzfähige Stückpreise anbieten, wenn sie Großserien produziert – also genügend exportiert. Deshalb drücken die Waffenkontrollen schon mal ein Auge zu.

So hatte selbst Regierungschef Olof Palme wenige Wochen vor seiner Ermordung im Februar vorigen Jahres entscheidend dazu beigetragen, daß Bofors den größten Exportauftrag ergattern konnte, den je ein schwedisches Unternehmen erhielt: die Lieferung von 155-Millimeter-Haubitzen im Wert von über acht Milliarden Kronen an die indische Armee.

Pikanterweise wählte der Schweden-Premier für diesen Lobby-Auftritt in Neu-Delhi ausgerechnet eine Tagung seiner „Palme-Abrüstungskommission“.

Als die Schiebergeschäfte über Singapur aufflogen, schob Bofors-Chef Martin Ardbo der Regierung die alleinige Verantwortung zu. Wenn diese „nicht an die Schlußdestination glaubt, soll sie die Exportgenehmigung nicht erteilen. Hat sie es jedoch wie im Fall Singapur getan, so sind das ihre moralischen Kopfschmerzen, nicht unsere“.

Gegen die Anschuldigungen des Staatsanwalts verteidigen sich die Nobel-Manager jetzt, indem sie sich auf tote Zeugen berufen. Sowohl Algernons verstorbener Vorgänger als auch der damalige Ministerpräsident Olof Palme hätten von den Geschäften gewußt und sie insgeheim gebilligt. Palme, der im persönlichen Auftrag des UN-Generalsekretärs erfolglos zwischen den Kriegsgegnern Irak und Iran zu schlichten versucht hatte, soll nach Aussage von Bofors-Managern sogar einen illegalen Singapur-Transfer gutgeheißen haben, von dem bislang nichts bekannt war: die Lieferung von mehr als 500 Robot-70-Raketen, die an Bahrein und Dubai weitergingen.

Einer, der diese Entlastungsbehauptungen der Bofors-Manager hätte entkräften können, war Algernon. Zwar hatte der Konteradmiral, der in den 70er Jahren Schwedens militärischen Nachrichten- und zivilen Aufklärungsdienst geleitet hatte, seine Aufgabe als Kriegsmaterialinspektor eher lax wahrgenommen und meist in unverbrüchlicher Treue zu Bofors und Nobel Kemi gestanden. Doch die jüngsten Einlassungen der Waffenhändler aus Karlskoga, so glaubt das Außenhandelsdepartement, hätte er nie und nimmer bestätigt.

Algernons Tod verschaffte den Managern jetzt eine Atempause: Die Voruntersuchung, klagt ein Ermittler, „wird um Monate verzögert“.



Konteradmiral Algernon: Ungeklärter Tod im Hauptbahnhof

Iran. Unklar ist immer noch, wo 40 Schiffskanonen abblieben, die Bofors seit 1980 nach Singapur lieferte. Laut Angaben des Waffenkalenders „Combat Fleets of the World“ hat Singapur jedenfalls in den letzten zehn Jahren nur ein neues Kriegsschiff in Dienst gestellt und seine übrige Flotte nicht modernisiert.

Während die Ermittlungen gegen Bofors schon auf vollen Touren liefen, geriet auch die Schwesterfirma Nobel Kemi in Verdacht. Bundesdeutsche und italienische Zollfahnder schickten Waggonen voll Munition und Sprengstoff nach Schweden zurück. Angeblich für die DDR bestimmte Lieferungen beschlagnahmten Zöllner im südschwedischen Fährhafen Trelleborg.

Die Sendungen sollten wohl hauptsächlich in den Iran gehen. Der Waffenhändler Karl-Erik Schmitz aus Malmö

Daß die Firmenmanager ihren Tätigkeiten so lange unbehelligt nachgehen konnten, ist für SFSF-Mitglied Henrik Westander nicht verwunderlich: Der Konzern mit Sitz in Karlskoga sei weit und breit der größte Arbeitgeber, werde von firmentreuen Gewerkschaften gestützt und halte sich deshalb „für eine uneinnehmbare Festung“. Die Firmen, so Westander, konnten ihre „kriminellen Geschäfte systematisch entwickeln, weil sie gewohnt waren, nicht kontrolliert zu werden“.

Geschickt nutzten die Manager ein Dilemma der schwedischen Sicherheitspolitik: Anders als die Schweiz untermauert das neutrale Schweden seine Blockfreiheit durch eine aktive Friedenspolitik in der Uno, etwa indem es auf weltweite Abrüstung dringt und für die Eindämmung des Waffenhandels vor al-